



## **Momentane Standpunkte der Parteien zu verschiedenen Bereichen der Urheberrechtsdiskussion**

### Inhaltsangabe

<b>1. Positionen.....</b>	<b>Seite 2</b>
1.1 Urheberrecht allgemein, Reformierung; Verhältnis Urheber – Verwerter – Nutzer, Urhebervertragsrecht.....	Seite 2
1.2 Honorierung, Geschäftsmodelle; Kultur-Flatrate.....	Seite 3
1.3 Rechtsdurchsetzung, Abmahnungen; Strike-Modell.....	Seite 4
1.4 Wissenschaft; Fair Use; Schutzfristen.....	Seite 5
1.5 Privatkopie, Remixes u. Mashups; Verwaiste Werke; Verwertungsgesellschaften.....	Seite 6
1.6 Tauschbörsen, Streaming; ACTA.....	Seite 7
1.7 Leistungsschutzrecht; Partei-Gremien u. parteinahe netzpolitische Initiativen.....	Seite 8
<b>2. Quellen.....</b>	<b>Seite 9</b>

# 1. Positionen

## 1.1 Urheberrecht allgemein, Reformierung; Verhältnis Urheber – Verwerter – Nutzer, Urhebervertragsrecht

	CDU / CSU	FDP	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	Piratenpartei
<b>Urheberrecht allgemein</b> - <b>Reformierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wahrung des geistigen Eigentums u. der Freiheit der Kommunikation im Internet</li> <li>Urheberrecht als Grundlage des kreativen Schaffens</li> <li>Urheberrecht hat sich im Grundsatz bewährt, muss nicht neu geschaffen werden</li> <li>Anpassung an gesellschaftl. Wirklichkeit</li> <li>Schranken an Erfordernisse der Digitalisierung anpassen</li> <li>Grundlegende Vereinfachung</li> <li>Bei zukünftigen Änderungen muss jeder leicht verstehen, welche Grenzen zu beachten sind</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wichtiger Bestandteil unserer Kultur</li> <li>Urheberrecht als die Wirtschaftsordnung des Internetzeitalters</li> <li>Grundlegende Neuerung notwendig</li> <li>Europäische Rechtsänderung notwendig (EU-Copyright-Richtlinie<sup>1</sup> reicht nicht aus)</li> <li>Urheberrecht in neuer Umgebung besser angepasst schützen</li> <li>Trotzdem gesetzgeberische Zurückhaltung</li> <li>Entwurf zum Urheberrecht nach Sommerpause (Stand 12.06.2012)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Modernes Urheberrecht für digitales Zeitalter</li> <li>Aufklärung und Vermittlung von Akzeptanz für den Wert des geistigen Eigentums sowie effektive Maßnahmen zu dessen Schutz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>An die Herausforderungen der digitalisierten Welt angepasstes Urheberrecht</li> <li>Modernisierung u. Reform</li> <li>Verbreitung von urheberrechtlich geschütztem Material nicht legitim, sofern dies nicht zum nicht-kommerziellen Gebrauch geschieht</li> </ul> <p>Agnes Krumwiede (kulturpolit. Sprecherin):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Auflösung des Rechts auf Schutz des geistigen Eigentums wäre Verstoß gegen die Menschenrechte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Urheberrecht bietet nicht mehr notwendige Balance zw. Kreativen, Verwertern u. Nutzern</li> <li>Linke will Urheber wie Nutzer stärken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erneuerung u. Anpassung des Urheberrechts an die Anforderungen der Informationsgesellschaft</li> <li>Chancen des Internets nutzen, um Rechte der Urheber u. Nutzer zu stärken</li> <li>Urheberrecht muss Anforderungen des medienkompetenten Nutzers gerecht werden u. darf ihn in seiner kreativen Nutzung nicht beschränken</li> </ul>
<b>Verhältnis Urheber – Verwerter – Nutzer</b> - <b>Urhebervertragsrecht</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung des Urhebers gegenüber dem Verwerter z.B. durch Urheberrechtsvertragsrecht</li> <li>Konfliktlösungsmechanismen wirksamer gestalten u. um effektive Kontroll- u. Sanktionsinstrumente ergänzen</li> <li>Verteilungsfragen innerhalb der Kreativwirtschaft müssen geklärt werden → gerechten Ausgleich zw. Urhebern, Verwertern u. Nutzern finden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung der Urheber gegenüber den Verwertern</li> <li>Reformierung des Vertragsrechts auf europ. Ebene, um Urheber in stärkere Position zu bringen</li> <li>Prüfen, ob Vertragsrecht so geändert werden kann, dass Übertragung der Rechte für max. nur 20 Jahre</li> <li>Zusätzl. Vergütung für Urheber im Fall eines großen kommerziellen Erfolgs (über einmalige Vergütung hinaus)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung der Urheber gegenüber Verwertern in Vertragsverhandlungen</li> <li>Unterbindung der „Total-Buy-Out“-Praxis</li> <li>Erlaubnis zur Nutzung eines Werkes in unbekanntem Nutzungsarten sollte von Einigung über die Vergütung abhängig sein → kommt Einigung innerhalb von 6 Monaten nicht zustande, ist weitere Nutzung nicht erlaubt</li> <li>„angemessene Vergütung“ inhaltl. näher bestimmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung der Rechte der Urheber gegenüber den Rechteinhabern</li> <li>Vergabe der Nutzungsrechte auf maximal 25 Jahre → nach Ablauf der Frist fallen Rechte an Urheber zurück</li> <li>Mehr Mitspracherechte für Urheber gegenüber Verwertern → Zweitverwertungsrecht oder zeitl. Begrenzung von „Buy-Out“-Verträgen</li> </ul>

## 1.2 Honorierung, Geschäftsmodelle; Kultur-Flatrate

	CDU / CSU	FDP	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	Piratenpartei
<b>Honorierung - Geschäftsmodelle</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Derjenige, der ein Werk nutzen will, muss grundsätzlich dem Urheber dafür etwas zahlen</li> <li>• Weiterhin leistungsgerechte Vergütung</li> <li>• Urheberrecht muss auch Interessen der Werknutzer berücksichtigen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Manche Geschäftsmodelle funktionieren im digitalen Zeitalter nicht mehr</li> <li>• Staat muss faire Leitlinien für neue Geschäftsmodelle setzen (innovative Angebote, die legal genutzt werden können)</li> <li>• Überkommene Geschäftsmodelle nicht weiter subventionieren</li> <li>• Best Practice-Beispiele: Streamingdienste, iTunes, Apps für Print, Flattr<sup>2</sup> und Crowdfunding</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einkommen des Urhebers muss fair u. angemessen sein</li> <li>• Kreative u. Kulturschaffende sollen weiter im Internet vermarkten können</li> <li>• Internet als Chance für Vermarktung</li> <li>• Einfache u. nutzerfreundliche Modelle zur legalen Nutzung z.B. Creative Commons (CC)</li> <li>• SPD begrüßt Lizenzierungsmodelle bei Musik</li> </ul>	<p>Agnes Krumwiede:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Trotz neuer Möglichkeiten der Selbstvermarktung durch Internet arbeiten Urheber mit Verwertern zusammen → Urheber brauchen diese Partner nach wie vor</li> <li>• Beispiele: Vorinvestitionen eines Produzenten oder Labels; Lektorat u. Vermarktung durch Verleger</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erleichterung der Durchsetzung des Urheber-Anspruchs auf angemessene Vergütung für jede Art der Werknutzung</li> <li>• Faire Bezahlung der Urheber</li> <li>• Alternative Vergütungssysteme fördern z.B. CC</li> <li>• Urheber sollen selbst bestimmen, was mit ihren Werken gemacht werden darf</li> <li>• Förderung freier Lizenzen</li> <li>• Alternative Vergütungssysteme durch rechtl. Rahmen schützen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Vertriebswege wie Micropayment (jedes einzelne Werk per Klick bezahlt), Crowdfunding<sup>3</sup> u. -investing</li> </ul>
<b>Kultur-Flatrate<sup>4</sup></b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• CDU lehnt pauschale Vergütung von Urhebern durch K-Flatrate oder Kulturwertmark<sup>5</sup> ab</li> <li>• Würde Geschäftsmodell der Kreativwirtschaft staatl. vorgeben</li> <li>• K-Flatrate ist Bevormundung des Nutzers</li> <li>• Für individuelle Vergütung von Kreativen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Pauschalierte u. kollektivierte Vergütung ist der falsche Weg</li> <li>• K-Flatrate ist widersinnige Zwangskollektivierung u. wäre zudem auch mit europ. Vorgaben nicht vereinbar</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• K-Flatrate keine geeignete Lösung</li> <li>• Zu hohe Mehrbelastung für Nutzer</li> <li>• Urheber kann nicht mehr selbst über Werk entscheiden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorschlag der K-Flatrate (wird geprüft)</li> <li>• Monatlich wird pauschale Summe je Internetzugang über Provider erhoben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• K-Flatrate, Kulturwertmark u. Crowdfunding sind möglich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Pauschalabgabe ist möglich</li> <li>• Müsste den Vorstellungen von Datenschutz u. Privatsphäre im Netz entsprechen</li> </ul>

### 1.3 Rechtsdurchsetzung, Abmahnungen; Strike-Modell

	CDU / CSU	FDP	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	Piratenpartei
<b>Rechtsdurchsetzung - Abmahnungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• CDU blockiert Gesetzentwurf zur Begrenzung des Streitwerts bei Abmahnungen</li> <li>• Verbraucher vor unberechtigten Abmahnungen schützen</li> <li>• Weiterentwicklung der Deckelungsregelungen in § 97a UrhG, die eine Obergrenze für die Anwaltskosten bei Abmahnungen vorsieht, hält CDU für richtig</li> <li>• Darlegungspflichten für die Zuverlässigkeit der Ermittlungsverfahren</li> <li>• Pauschale Streitwertbegrenzung wird abgelehnt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nicht nur die Rechtsdurchsetzung soll eine Rolle spielen, sondern vielmehr muss Rechtsempfinden bei Nutzer gestärkt werden</li> <li>• Möglichkeit für Rechteinhaber erleichtern, an Mail-Adressen von illegalen Downloadern zu kommen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsdurchsetzung effektiv, aber verhältnismäßig</li> <li>• Abmahnungen einschränken</li> <li>• Effektive Begrenzung des Streitwertes bei einmaligen, geringfügigen Urheberrechtsverstößen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Vergütung statt Verfolgung“</li> <li>• Abmahnwesen fördert den Akzeptanzverlust des Urheberrechts</li> <li>• Kriminalisierung der nicht-kommerziellen Nutzung beenden</li> <li>• Abmahnungen treffen häufig Unschuldige</li> <li>• Mehr Aufklärung der Verbraucher</li> <li>• Grüne unterstützen: Streitwertherabsetzung, Abschaffung der Kostenerstattung für erste Abmahnung, Herabsetzung von Regelstreitwerten, Abschaffung des fliegenden Gerichtsstands</li> <li>• Einführung einer Bagatellgrenze in § 106 des UrhG bei geringem Unrechtsgehalt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abmahnkosten bei unerlaubten Downloads auf den tatsächlich entstandenen Schaden begrenzen</li> <li>• Schaden soll von Rechteinhabern hinreichend belegt werden</li> <li>• Begrenzung der Anwaltsgebühren bei Abmahnungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abmahnwesen muss beendet werden</li> <li>• Abschaffung der Störerhaftung zugunsten freier WLAN-Netze</li> </ul>
<b>Strike-Modell<sup>6</sup> (abgestufte Erwidern)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Warnhinweise „ja“, Internetsperren „nein“</li> <li>• Sperren wäre massiver Grundrechtseingriff → unter Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verfassungswidrig</li> <li>• technisch u. praktisch nicht durchsetzbar</li> <li>• Deep-Packet-Inspection<sup>7</sup> lehnt Union ab</li> <li>• für den zivilrechtl. Auskunftsanspruch eine einheitl. Speicherfrist von IP-Verkehrsdaten durch Service Provider</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Warnhinweise u. Netzsperrern nicht zukunftsweisend</li> <li>• Internetserviceprovider dürfen nicht als Hilfssheriffs des Gesetzgebers verpflichtet werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Maßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums müssen verhältnismäßig sein</li> <li>• SPD lehnt flächendeckende Inhaftefilterung, Sperrung des Internetzugangs oder Warnhinweismodell ab</li> <li>• Gegen Strike-Modell</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gegen Sperrungen von Internetzugängen, Filtertechnologie oder Sperrlisten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Linke gegen Internetsperren, Filtern und Warnhinweise</li> </ul>	

## 1.4 Wissenschaft; Fair Use; Schutzfristen

	CDU / CSU	FDP	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	Piratenpartei
<b>Wissenschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Überarbeitung der Schrankenregelung</li> <li>Zusammenführung zu einheitl. Wissenschaftsschranke (+ angemessene Erhöhung des Anschaffungsetats von Schulen u. Unis)</li> <li>Unterstützung von Open-Access-Veröffentlichungen</li> <li>Verankerung eines Zweitveröffentlichungsrechts in den Förderrichtlinien</li> <li>Verwirklichung von Open Access auf europ. Ebene</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Wissenschafts- und bildungsfreundliches Urheberrecht</li> <li>Befürwortung eines Zweitverwertungsrechts für wissenschaftl. Autoren</li> <li>Rechtssichere Grundlage für Intranetnutzung in Schulen u. Hochschulen</li> <li>Entfristung der Schrankenbestimmungen für Zugänglichmachung für Unterricht u. Forschung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Unterstützung des Open-Access-Prinzips, dem freien Zugang zu Publikationen u. anderen Informationen</li> <li>Wissenschaftl. Publikationen der Öffentlichkeit kostenfrei zugänglich machen</li> <li>Offener u. freier Zugang zu Primärdaten</li> <li>Bei Veröffentlichung von Forschungsdaten jeweils datentyp-spezifische Lösungen u. Modelle finden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ziel ist Open Access</li> <li>Freier u. ungehinderter Zugang zu Informationen u. Wissen</li> <li>Open-Access-Veröffentlichung als Bedingung für Forschungsförderung</li> <li>Wissenschaftl. Autoren erhalten das Recht, ihre Forschungsergebnisse 6 Monate nach Veröffentlichung auf klassischem Wege auch unter Open-Access-Bedingungen zu publizieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Jegliche Mediennutzung frei von Urheberrechtsabgaben bei öffentl. Bildungseinrichtungen</li> <li>Hier sollen neue Geschäftsmodelle auf Basis freier Lizenzen angeregt werden</li> <li>Zeitgemäße Archivierung von Werken in Bibliotheken muss möglich sein + freie Verfügbarkeit zu Bildungszwecken</li> </ul>
<b>Fair Use<sup>8</sup></b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schrankenmodell hat gegenüber Fair Use den Vorteil der Rechtssicherheit</li> <li>An die Stelle einzelner Ausnahmen vom exkl. Verwertungsanspruch der Rechteinhaber soll ein allgemeines "Fair Use"-Prinzip</li> <li>Auf europ. Ebene Vorteile des Schrankenmodells diskutieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für die Einführung einer Fair Use-Klausel nach US-Vorbild</li> <li>Erweiterte Möglichkeiten zum Remixen von Inhalten</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkere Unterscheidung zw. kommerzieller u. nicht-kommerzieller Nutzung</li> <li>Einführung einer urheberrechtlichen Schranke zur Ermöglichung nicht-kommerzieller Nutzungsformen</li> <li>Förderung alternativer Lizenzformen wie z.B. Creative Commons</li> </ul>		
<b>Schutzfristen</b>				<ul style="list-style-type: none"> <li>Flexibilisierung u. Verkürzung der Schutzfristen</li> <li>Bspw. Schutzfrist auf die Dauer der Lebenszeit des Urhebers beschränkt</li> </ul> <p>Agnes Krumwiede:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Verkürzung bedient Interessen großer Internetkonzerne</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gegen Verlängerung der Schutzfristen</li> <li>Neuregelung nach dem Grundsatz „So lange wie nötig, so kurz wie möglich“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verkürzung der Schutzfristen auf 10 Jahre nach dem Tod des Urhebers</li> </ul>

### 1.5 Privatkopie, Remixes u. Mashups; Verwaiste Werke; Verwertungsgesellschaften

	CDU / CSU	FDP	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	Piratenpartei
<b>Privatkopie - Remixes u. Mashups</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollständige Information des Verbrauchers über Möglichkeiten u. Grenzen des Kopierens vor dem Erwerb (Verbraucher entscheidet, ob er kopiergeschütztes Produkt kauft)</li> <li>• Union erkennt kreative Möglichkeiten von Remixes u. Mashups an</li> <li>• Deutsches Urheberrecht lässt schon heute Collagen oder Mashups zu</li> <li>• Transformative Werknutzung im Urheberrecht verankern</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Für Recht auf digitale Privatkopie</li> <li>• Jedes rechtmäßig erworbene Gut muss einmal weiterveräußert werden dürfen</li> <li>• Wiederveräußerbarkeit von Immaterialgütern verbraucherrechtlich verankern</li> <li>• Übertragung der digit. Kopie auf andere Geräte beinhaltet nicht automat. das Recht, diese öffentlich mit anderen zu teilen → digit. Kopie wird genauso durch Vergütung kompensiert, wie die analoge Privatkopie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Technische Schutzmaßnahmen u. Vertragsbedingungen dürfen die Möglichkeit zur Privatkopie u. zur uneingeschränkten Nutzung nicht unterlaufen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Recht auf Privatkopie soll ausformuliert und festgeschrieben werden</li> <li>• Erleichterung der Erstellung von „Remixes“ u. „Mashups“</li> </ul>
<b>Verwaiste Werke</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rasche nationale Regelung zur Nutzung verwaister u. vergriffener Werke im Urheberrechtswahrnehmungsgesetz</li> <li>• Nutzungsrechte für verwaiste Werke sollen von den VGs kostenfrei oder gegen geringe Vergütung rechtssicher eingeräumt werden</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lizenzierung durch Verwertungsgesellschaften, wenn Rechteinhaber nicht feststellbar</li> <li>• Zahlung angemessener Vergütung an VGs</li> <li>• Verwaiste oder vergriffene Werke können somit online zugänglich erhalten werden</li> </ul>			
<b>Verwertungsgesellschaften</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kollektive Rechtswahrnehmung durch VGs ist wichtig u. muss auf europ. Ebene weiterentwickelt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• VGs mit paritätischer Beteiligung in Gremien</li> <li>• Gerechterer Verteilungsschlüssel</li> <li>• VGs müssen Mitgliedern bei einzelnen Werken CCs gestatten</li> <li>• Recht des Künstlers, seine Werke auf Portalen zu veröffentlichen, welche VGs bisher sperren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratisierung des Systems der VGs</li> <li>• Demokratische Teilhabe aller Wahrnehmungsberechtigten in den Entscheidungsgremien u. bei der Verteilung der Einnahmen</li> </ul>	

## 1.6 Tauschbörsen, Streaming; ACTA

	CDU / CSU	FDP	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	Piratenpartei
<b>Tauschbörsen - Streaming</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wenn Tauschbörse kommerziellen Charakter hat, muss derjenige, der sie nutzt, Urheberrecht beachten</li> <li>• Es gibt mittlerweile legale Angebote, die gegen ein geringes Entgelt den Zugriff auf große Datenbanken ermöglichen</li> <li>• Eine Staatsanwaltschaft soll sich schwerpunktmäßig um illegale Streaming-Plattformen kümmern → Betreiber sollen bestraft werden</li> <li>• Vereinheitlichung des Rechtsrahmens auf europ. Ebene und weltweite Zusammenarbeit der Behörden</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelungen zur Verantwortlichkeit von Host Providern neu überprüfen</li> <li>• Rechteinhaber soll schneller urheberrechtsverletzende Inhalte von den Seiten eines Internetanbieters entfernen dürfen</li> <li>• Verhinderung der Werbemöglichkeiten auf Seiten mit eindeutig urheberrechtsverletzenden Inhalten</li> </ul>	<p>Agnes Krumwiede:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nicht illegales Filesharing Einzelner ist Ursache des Problems, sondern Vereinigungen, welche die Dienste anbieten</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entkriminalisierung von nicht-kommerziellem Filesharing und der Weitergabe von Werken („try-before-buy“)</li> </ul>
<b>ACTA (Ende für das Abkommen nach "Nein" im EU-Parlament)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• CSU lehnt ACTA in jetziger Form ab, weil: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ACTA bleibt beim überkommenen Schutz-Schranken-Modell, für das kein gesellschaftl. Konsens</li> <li>2. Unbeholfenheit bei Schutzmaßnahmen</li> <li>3. Fehlende Bürgerbeteiligung</li> </ol> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bessere Trennung der verschiedenen Urheberrechtsverletzungen</li> <li>• ACTA-Light-Variante ohne Urheberrecht (nur zu Marken u. Patenten)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ablehnung des ACTA-Abkommens</li> <li>• Intransparenz der Verhandlungen</li> <li>• ACTA ermuntert Absprachen zw. Providern, Rechteinhabern u. VGs → Druck auf Provider, Kunden zu überwachen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Grüne lehnen ACTA ab, weil es Intransparenz, Strafverschärfung u. Einschränkung der Informationsfreiheit schafft</li> <li>• Verbraucherinteressen werden vernachlässigt</li> <li>• Zugang zu Generika in Entwicklungsländern wird gefährdet</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Linke lehnt ACTA-Abkommen ab</li> <li>• Massive Beschränkungen von Freiheitsrechten der Nutzer</li> </ul>	

## 1.7 Leistungsschutzrecht; Partei-Gremien u. parteinahe netzpolitische Initiativen

	CDU / CSU	FDP	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke	Piratenpartei
<b>Leistungs-schutzrecht</b> (soll nach der Sommerpause verabschiedet werden)	<p>CDU:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung eines eng begrenzten Leistungsschutzrechts für Presseverlage</li> <li>• Beschränkt auf gewerbliche Nutzung</li> <li>• Privatpersonen, ehrenamtl. organisierte Vereine u. Blogger ohne Gewinnerzielungsabsicht nicht erfasst</li> <li>• Auch Links müssen frei bleiben</li> </ul> <p>CSU(net)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Lehnt Referentenentwurf ab → Schritt in die falsche Richtung</li> <li>• Schwammigkeit der Geltungsbereiche z.B. "gewerbl. Nutzung" oder "redaktionell-techn. Festlegung"</li> <li>• Schutz sog. "Snippets" ist nicht praktikabel</li> <li>• Leistungsschutzrecht führt zu Chaos von Lizenzverträgen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Referentenentwurf des BMJ ist öffentlich (13.06.2012)</li> <li>• Besserer Schutz von Presseverlegern im Internet und Gewährleistung, dass Presseverlage nicht schlechter gestellt als andere Werkvermittler</li> <li>• Presseverlage sollen ausschließliches Recht erhalten, ihre Presseerzeugnisse zu gewerblichen Zwecken im Internet öffentlich zugänglich zu machen</li> <li>• Presseverlage können somit auch Unterlassung unerlaubter Nutzungen verlangen</li> <li>• Gewerbliche Nutzer müssen für Nutzung Lizenzen erwerben</li> <li>• Gilt nicht für reine Verlinkung und Nutzungen im Rahmen der Zitierfreiheit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Besser Durchsetzung der Rechte für journalistische Inhalte</li> <li>• Einführung eines Leistungsschutzrechts ist nicht notwendig (freier Infofluss u. Suchmaschinen sollen nicht behindert werden)</li> <li>• Leistungsschutzrecht würde zu massiver Rechtsunsicherheit, zu erheblicher Einschränkung der Kommunikation u. zu neuer Abmahnwelle führen</li> <li>• Verleger sollen unautorisierte Verwendung ihrer Erzeugnisse durch Dritte (z.B. News-Aggregatoren) effizienter verfolgen können → Stärkung der Verfahrensrechte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ablehnung eines Leistungsschutzrechts</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kein Leistungsschutzrecht für Presseverlage</li> <li>• Beschädigt freie Verbreitung von Infos im Netz</li> </ul>	
<b>Partei-Gremien u. parteinahe netzpolitische Initiativen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitskreis Netzpolitik</li> <li>• CSU-Netzrat</li> <li>• CSUnet</li> <li>• blogfraktion.de</li> <li>• Initiative Faires Urheberrecht</li> <li>• CNetz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitale Liberale</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• SPD Netzpolitik</li> <li>• D64</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• GrünDigital</li> <li>• Digitale Gesellschaft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitale Linke</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Piraten-Planet</li> <li>• Piratenpartei</li> </ul>

Stand: 05.07.2012



## 2. Quellen

### CDU

Diskussionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft  
<http://blogfraktion.de/2012/06/12/diskussionspapier-urheberrecht-in-der-digitalen-gesellschaft/>

Initiative Faires Urheberrecht  
<http://www.faires-urheberrecht.de/>

Arbeitskreis CDU-Netzpolitik  
<http://netzpolitik.cdu.de/>

2. Positionspapier „In Freiheit und Fairness“ des CSU-Netzrates  
[http://www.csu.de/dateien/partei/dokumente/positionspapier2\\_netzrat.pdf](http://www.csu.de/dateien/partei/dokumente/positionspapier2_netzrat.pdf)

„Vertreter von CDU/CSU fordern faires Urheberrecht“, in: heise online News  
<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Vertreter-von-CDU-CSU-fordern-faires-Urheberrecht-1358662.html>

„Wir brauchen ein Recht auf digitale Privatkopie“, CDU-Netzpolitiker Peter Tauber, in: Süddeutsche.de  
<http://www.sueddeutsche.de/digital/peter-tauber-cdu-zum-urheberrecht-wir-brauchen-ein-recht-auf-digitale-privatkopie-1.1288873>

„Koalition: Das Leistungsschutzrecht wackelt“, in: MEEDIA Topstory  
<http://meedia.de/internet/aus-fuer-das-leistungsschutzrecht/2012/05/23.html>

„Wir müssen die Künstler schützen“, Volker Kauder, in: Spiegel Online  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/volker-kauder-verteidigt-das-urheberrecht-a-832262.html>

CNetz – Verein für Netzpolitik  
<http://c-netz.info/blog/>

CSUnet  
<http://www.csu.de/csunet/index.htm>

### FDP

Blog der FDP-Bundestagsfraktion  
<http://fdpbundestagsfraktion.wordpress.com/tag/urheberrecht/>  
Digitale Liberale

<http://digitaleliberale.wordpress.com/>

„Überkommene Geschäftsmodelle brauchen keine Subventionen“, FDP-Netzpolitiker Jimmy Schulz, in: Süddeutsche.de  
<http://www.sueddeutsche.de/digital/fdp-netzpolitiker-jimmy-schulz-zum-urheberrecht-ueberkommene-geschaeftsmodelle-brauchen-keine-subventionen-1.1289463>

„Urheberrecht im Internet: Schwieriger Spagat“, in: fdp-fraktion.de  
<http://www.fdp-fraktion.de/Urheberrecht-im-Internet-Schwieriger-Spagat/3374c4424i1p6/index.html>

„Döring: Wer Daten schützen will, muss das Urheberrecht schützen“, in: fdp.de  
<http://www.fdp.de/Doering-Wer-Daten-schuetzen-will-muss-das-Urheberrecht-verteidigen/3050c15325i1p550/index.html>

„Justizministerin dringt auf einheitliches europäisches Urheberrecht“, in: Welt Online  
<http://www.welt.de/newsticker/news3/article106396746/Justizministerin-dringt-auf-einheitliches-europaeisches-Urheberrecht.html>

„Westerwelle legt sich mit Piraten an“, in: Spiegel Online  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/westerwelle-warnt-piraten-vor-aufweichung-des-urheberrechts-a-827768.html>

„Kein Grund zum Kulturpessimismus“, Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, in: bmj.de  
[http://www.bmj.de/SharedDocs/Namensartikel/20120531\\_Kein\\_Grund\\_zum\\_Kulturpessimismus.html?nn=1356288](http://www.bmj.de/SharedDocs/Namensartikel/20120531_Kein_Grund_zum_Kulturpessimismus.html?nn=1356288)

„Offizieller Entwurf zum Leistungsschutzrecht veröffentlicht“, in: irights.info  
<http://irights.info/index.php?q=node/2224>

## **SPD**

„Zwölf Thesen für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht“ des Arbeitskreises Urheberrecht der SPD-Bundestagsfraktion  
<http://blogs.spdfraktion.de/netzpolitik/2012/05/21/zwolf-thesen-urheberrecht/>

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt  
<http://d-64.org/>

## **Bündnis 90 / Die Grünen**

Der netzpolitische Leitbeschluss der Grünen  
<http://www.telemedicus.info/article/2123-Der-netzpolitische-Leitbeschluss-der-Gruenen.html>

„Stoppt den Ausverkauf unserer Rechte“, Jan Philipp Albrecht, in: Zeit Online  
<http://www.zeit.de/digital/internet/2012-05/datenschutz-urheberrecht-albrecht/seite-2>

„Die Piraten verstehen nicht: Es geht hier um Menschenrechte“, Agnes Krumwiede, in: FAZ online  
<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/gruenen-politikerin-zum-urheberrecht-die-piraten-verstehen-nicht-es-geht-hier-um-menschenrechte-11719715.html>

GRÜNDIGITAL

<http://gruen-digital.de/>

Digitale Gesellschaft

<http://digitalegesellschaft.de/>

## Die Linke

„Urheberrecht im digitalen Zeitalter“, in: linksfraktion.de

<http://www.linksfraktion.de/themen/urheberrecht-internet/>

„Wissensproduktion und Urheberrecht“, in: die-linke.de

<http://www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderpartei/dielinke/iv3wiewollenwirlernenundforschenfreierzugangzubildungundwissen/wissensproduktionundurheberrecht/>

Digitale Linke

<http://blog.die-linke.de/digitalelinke/>

Gesetzentwurf zum Urhebervertragsrecht Der Linken im Bundestag

<http://www.petra-sitte.de/start/aktuelles/detail/zurueck/aktuelles-20/artikel/gesetzentwurf-zum-urhebervertragsrecht-der-linken-im-bundestag/>

## Piratenpartei

Die Zehn wichtigsten Punkte einer Urheberrechtsreform

<http://www.piratenpartei.de/2012/05/21/die-zehn-wichtigsten-punkte-einer-urheberrechtsreform/>

„Piraten gehen auf Künstler zu“, in n-tv online

<http://www.n-tv.de/politik/Piraten-gehen-auf-Kuenstler-zu-article6304326.html>

piraten-planet

<http://planet.piratenpartei.de/>

---

<sup>1</sup> <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32001L0029:EN:HTML>

<sup>2</sup> Flattr ist ein Anbieter eines sozialen Mikrozahlensystems (<http://flattr.com/>)

<sup>3</sup> „Beim Crowdfunding finanzieren viele Menschen gemeinsam ein Projekt. Anders als beim Fundraising bekommen die Geldgeber beim Crowdfunding zum Beispiel das fertige Werk (Vorfinanzierung), individuelle Geschenke (Dankeschöns), Medialeistungen (Sponsoring), Möglichkeit der Kulturförderung (CSR), eine Spendenquittung oder eine Gewinnbeteiligung.“ (<http://crowdfunding.startnext.de/>)

<sup>4</sup> „Die Kulturflatrate ist das Konzept einer gesetzlich geregelten Pauschalabgabe, die an die Rechteinhaber digitaler Inhalte verteilt werden soll. Im Gegenzug soll dafür die öffentliche Verbreitung digitaler Kopien, beispielsweise in Filesharing-Netzwerken, legalisiert werden. Zur Umsetzung müsste das (deutsche) Urheberrechtsgesetz geändert werden. Dabei geht es insbesondere um digitale Inhalte, die konsumiert werden, wie Bilder, Texte, Spiele und Filme.“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Kulturflatrate>)

<sup>5</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Kulturwertmark>

<sup>6</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Three\\_strikes](http://de.wikipedia.org/wiki/Three_strikes)

<sup>7</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Deep\\_Packet\\_Inspection](http://de.wikipedia.org/wiki/Deep_Packet_Inspection)

<sup>8</sup> <http://www.copyright.gov/fls/fl102.html>